

Meine wenig erfreulichen Erfahrungen mit Abstimmungen und Wahlen und einige staatspolitische Gedanken hierzu



Ich verfolge die in- und ausländische Politik über die Tageszeitungen und das Fernsehen. Verbunden mit der Lektüre würde es mich fast jeden Tag reizen in den Lokalzeitungen einen Leserbrief oder eine Kolumne zu schreiben. Aber das tun andere ausgiebig und ich nur mehr in Ausnahmefällen (es gab eine Zeit, da äusserte ich mich fleissig unter dem Pseudonym eee, eine einzige Erde). Die «Rundschau» in der Schweiz, «Report» in Österreich und «Monitor», «Panorama» und «Frontal 21» in Deutschland

sind für mich gern gesehene, wertvolle Polit-Sendungen. Noch immer lese ich jeden Morgen zum Frühstück drei Tageszeitungen, darunter die NZZ (auch am Sonntag), deren internationalen Teil ich besonders schätze. Zudem habe ich seit Jahrzehnten das Wochenmagazin DER SPIEGEL abonniert. Ins Sortiment gehörte früher auch noch die damals liberale WELTWOCHEN. Für unterwegs nehme ich gerne die ZEIT mit, die regelmässige Lektüre ist mir wegen deren Umfang zu viel. Auch kann sie im öffentlichen Verkehrsmittel mit der gegebenen Grösse nicht aufgeschlagen werden.

Ich verzweifle bei dieser Lektüre fast tagtäglich an der Abwicklung der Demokratie und kenne trotzdem keine bessere Staatsform. Autokratische und nationalistische Bewegungen sind mir tief zuwider. Eine konsequente Annäherung, geschweige Identifizierung mit einer bestimmten politischen Partei gelang mir nie. Die deutsche FDP hatte vor langer Zeit einige kluge Köpfe wie Karl-Hermann Flach, Burkhard Hirsch und Gerhart Baum, die mich beeindruckten. Dann rutschte diese Partei ins neoliberale Lager mit Klientelwirtschaft ab. Über «links und rechts» habe ich mich schon ausgelassen (siehe mariobroggi.li/lechts-und-rinks) und meine Mühe mit diesen Zuordnungen bekundet. Ähnliche Mühen ergaben sich für mich bei den wenigen Beteiligungen an Abstimmungen und Wahlen. Ich zählte häufig nicht zu den Wahlgewinnern, auch dann nicht, wenn ich mich nicht beteiligte und nur eine Meinung hatte.

Meine erste Teilnahme an einer Volksabstimmung datiert aus dem Jahr 1969. Sie galt der Wiedervereinigung der beiden Basler Halbkantone. Ich schätze an der Schweiz ihre kulturelle Vielfalt, insbesondere auch in ihren Sprachen und deren Anerkennung und Förderung. Ich konnte darum den Ortstafelstreit in Kärnten nie nachvollziehen, wo die Mehrheit der Deutschsprachigen der slowenischen Minderheit zweisprachig angeschriebene Ortstafeln verhindern wollte. Ich sah darin gerade auch für Europa die Stärke in ihrer Vielfalt. Trotz Freude an der Vielfalt fand ich den «Halbkantöngeist» in Basel wenig zielführend. Die Kantons Grenzen zwischen den beiden Halbkantonen sind vor Ort nicht mehr zu verifizieren und das Wohnen und Arbeiten richtet sich nach den Möglichkeiten hüben und drüben. Ausgehend von gefühlten Ungerechtigkeiten auf der ländlichen Seite führte dies 1833 zur Trennung, wobei auch die Religion als Grund angeführt wurde. Bei der Volksabstimmung im Kanton Baselland 1969 gehörte ich mit damaligem Wohnsitz in Allschwil zu den Verlierern, die Baselbieter verweigerten die Wiedervereinigung mit der Stadt Basel, wie später nochmals 2014. Ich glaube im Übrigen nicht an die Zukunft einiger Kantone, weil sie in ihrer

Kleinheit den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen und teils auch keine Gebilde zur Identität darstellen (vgl. die Situation von St. Gallen oder Solothurn). Der Bauch siegte gegen die sinnvolle Wiedervereinigung, die Vernunft mit wohl den besseren Argumenten verlor.

Mit meinem Wechsel nach Liechtenstein auf Ende 1969 wurde ich zum lebenslangen Ausländer und bin damit auch nicht stimmberechtigt. In Liechtenstein braucht es 30 Jahre der Ansässigkeit, um eine erleichterte Einbürgerung zu haben. Das waren ja zugleich meine aktivsten Jahre. Nach Erreichen der 30jährigen Frist war ich zudem nicht mehr gewillt, meine beiden anderen Staatsbürgerschaften abzugeben, was von Liechtenstein verlangt wird. Selbstverständlich beobachtete ich auch in Liechtenstein die Politszene aufmerksam. In meinem Berufsumfeld des Natur- und Umweltschutzes ist man gewohnt, den Anliegen von ökonomisch vehement vorgetragenen Partikularinteressen häufig unterlegen zu sein. Das macht es einem vertraut, nicht auf der Seite der Mehrheit zu stehen und vor allem Allianzen zu suchen.

So geht es auch der 1985 gegründeten «Freien Liste», den in Liechtenstein sog. «Weissen», eigentlich die Grünen, weil sie Umweltauflagen besonders vertreten. Ich würde sie international eingeordnet als Grünliberale betrachten. Ihnen ist als Gruppierung zu Gute zu halten, dass sie den Genitiv und den Dativ sauber einsetzen können, was sonst in den beiden parteipolitisch getragenen Landeszeitungen nicht unbedingt der Fall ist. Trotz eher moderat vorgetragener Forderungen blieb bisher ein grösserer Wahlerfolg für sie aus, im Gegenteil mussten sie sich von einer neuen populistisch auftretenden Gruppierung überflügeln lassen, die ihrerseits wieder entzweigebrochen ist.

Nach Liechtenstein setzten sich ab den späten 20er Jahren des letzten Jahrhunderts verschiedene gebildete Menschen aus unterschiedlichen Motivationen ab und bewohnten dort vor allem die Villenviertel von Vaduz und Schaan. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieser wohnsitznehmenden «Celebritäten» wäre überfällig. Bedeutsam ist, dass sie dort in einer Diaspora ohne Integration lebten und nicht in die staatspolitischen Abläufe im Land einbezogen wurden. Man negierte dadurch viel an vorhandenem Sachverstand, weil bei der gegebenen Kleinheit die menschlichen Ressourcen eine kritische Mindestgrösse häufig nicht erfüllen. Ich sagte es schon früh in einem Leserbrief, dass vom «Viehbesamungstechniker über den Apotheker bis zum Regierungschef» alle Arbeitsplätze über Jahrzehnte einzig mit liechtensteinischer Staatszugehörigkeit kaum qualitativ ausreichend besetzt werden konnten. Ich zweifelte deswegen gar an einer Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität unterhalb einer Grösse von mindestens 100'000 Staatsbürgern. Die Hürden der Einbürgerung sind in Liechtenstein massiv zu hoch gesetzt und sie schliessen die Mitarbeit von einem Drittel der Bevölkerung aus, die Mehrheit von ihnen ohne Integrationsprobleme. Mindestens auf Gemeindeebene sollten alle Steuerzahler, unbeschleunigt einer Staatsbürgerschaft, abstimmen können, da hier Schulen und soziale Einrichtungen als hohe Ausgabenposten für alle bedeutsam sind.

So gewöhnte ich mich im Laufe der Jahrzehnte daran, in meinem nächsten Wirkungsumfeld nicht abstimmen zu können, also nichts zu sagen zu haben. Dabei kannte ich das Land zumindest physisch besser als die meisten Liechtensteiner.

Lange verstummte ich auch an Stammtischen, wenn es um politische Sachfragen ging. Ich hatte diese Abstinenz im Blut. Trotz Sensibilität für die Beobachtung politischer Aktivitäten dehnte ich diese Abstinenz auch auf die Möglichkeit aus, in der Schweiz auf der Bundesebene wählen zu können. Ich möchte dies nicht als allgemeines Verhalten propagieren. Ich verfolgte stattdessen die parlamentarischen Debatten in der Bundesrepublik Deutschland und war vom Wirken des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt mit der Ostöffnung sehr beeindruckt. Der Kompromiss im Kompromiss im schweizerischen Bundesparlament, ausgeklüngelt in Kommissionen, konnte mangels Transparenz nicht mithalten. Der für mich offensichtlich wachsende Einfluss von Lobbyismus für die Durchsetzung von Partikularinteressen stösst mich ab, so besonders aufmerksam verfolgt für die Landwirtschaft

oder beim Waffengeschäft und seiner mangelnden Kontrolle. Da fragte ich mich öfters, wer denn noch die staatspolitischen Aspekte und die Visionen für das Staatsgebilde als Ganzes vertritt. Treten an Ort auf dieser Insel, zum Beispiel im Verhältnis zur EU, macht mich ungeduldig. Die Preis-Insel zeigt sich täglich beim Kauf einer deutschen Zeitschrift, die in der Schweiz das Doppelte als in der EU kostet oder ein Antibiotika, das ich dieses Jahr in einer Apotheke auf einer griechischen Insel beschaffte, das achtmal kostengünstiger als bei uns ist. Die zahlreichen Lobbys verstehen es offensichtlich, eine Abschottung ihrer Gewinne ohne Gegenleistung zu realisieren. Kartelle mit Preisabsprachen gibt es nicht. Da wundere ich mich, wie es möglich ist, dass die volatilen Benzinpreise auf den Rappen genau bei allen Tankstellen unterschiedlichster Anbieter gleich ausfallen können. Aber wir wissen ja, Preisabsprachen gibt es nicht.

Die Schweiz legt Wert auf Neutralität und ihre diesbezüglichen Dienste, siehe Internationales Rotes Kreuz mit gleichem Logo und nur vertauschten Farben. Das ist gut so und ein wertvolles Alleinstellungsmerkmal. Nur muss man dies dann auch glaubwürdig vertreten. Trotz Neutralität und karitativem Roten Kreuz hinderte dies das Eidgenössische Parlament kürzlich nicht zu beschliessen, dass neu Waffen auch in Bürgerkriegsgebieten lieferbar sind. Das Zustandekommen solcher Entscheide kann ich mir ohne die einflussnehmenden Kraftströme der Lobbyisten nicht erklären, staatspolitische Betrachtungen kommen dabei zu kurz. Ich finde dies für das Image der Schweiz katastrophal.

Zurück zu den Wahlen. Ich erhielt nach der Klärung meiner italienischen Staatsangehörigkeit (siehe mariobroggi.li/fahnenfluechtig) die Möglichkeit dort an nationalen Abstimmungen und Parlamentswahlen teilzunehmen. Wie im Falle der Schweiz verzichtete ich einige Zeit darauf. Es kamen die Intervalle der Regierungszeit eines gewissen Silvio Berlusconi, auf dessen unseriöse Wahlversprechen die Italiener eins auf das andere Mal hereingefallen sind. Ein Milliardär musste doch nach Meinung vieler in der Lage sein, auch einen Staat zu verwalten. Stattdessen sorgte er knallhart für die eigene Kasse. Anfangs der 1990er Jahre bildete sich eine Partei namens «Italia dei Valori». Sie wurde von Antonio Di Pietro gegründet, der italienische Korruptionsfälle untersuchte (Mani pulite). Ich wählte in den nationalen Wahlen 2008 einen Mann dieser Partei, der in Bern wohnte und dann tatsächlich als Auslandsitaliener in den Senat gekommen ist. Dort war die Basis für den Ministerpräsidenten Berlusconi nicht ausreichend. Also kaufte er sich ungeniert die nötigen Stimmen und auch «meinen» Senator mit € 50 000.

Im Zuge der Ereignisse in Tschernobyl ist Italien aus der Kernenergieproduktion ausgestiegen und hat 1990 seine beiden Atommeiler abgestellt. Bei der bisher letzten Wiederwahl von Silvio Berlusconi im Jahre 2008 wurde neuerlich von ihm der Einstieg in die Kernkraft propagiert. Das war eine erneute Motivation, mich an einer Abstimmung zu beteiligen, die im Jahre 2011 die Kernkraft massiv bachab schickte.

Am 4.3.2018 gab es neuerlich Parlamentswahlen in Italien. Der regierenden Mitte-Links-Koalition mit Ministerpräsident Matteo Renzi (dem Verschrotter) kam die Mehrheit abhanden. Gegen ihn stellten sich die Mitte-Rechts-Bewegung mit Forza Italia von Berlusconi, die populistische Lega Nord und die Fratelli d'Italia sowie die Fünf-Sterne-Bewegung des Komikers Beppe Grillo. Es war schwer, hier für mich Wählbares zu finden. Mangels Besserem entschied ich mich für Renzi, weil ich dort immerhin eine Empathie für Europa und Soziales spürte. Das Desaster ist bekannt und meine Wähler-Karriere wohl abgeschlossen.

Mario F. Broggi, 16.9.2018